

Zeitschrift: Der Friede : Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung
Herausgeber: Schweizerische Friedensgesellschaft
Band: - (1907)
Heft: 21-22

Artikel: Schluss der Haager Friedenskonferenz
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-801672>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

fortgesetzt, fürchterlicher und ruinierender als je. Es ist ein Widerspruch, der wirklich empörend erscheint; je geringer die äusseren Gefahren, desto mehr verstärkt man die Kriegsmittel und vergrössert man die Panzerschiffe.

Dieser schreiende Gegensatz zwischen dem sozialen Zustand Europas und seinen politischen Einrichtungen kann nicht ewig dauern. Die sogenannten führenden Klassen können sich ihrer wirklichen Funktion, die darin besteht, in der Vorhut der Völkerinteressen zu marschieren, nicht länger entziehen.

Wenn aber die führenden Klassen sich darauf versteifen, die Bedürfnisse unserer Zeit nicht zu verstehen, wenn sie blind genug sind, den Fortschritt eindämmen zu wollen, statt ihn zu beschleunigen, so beschwören sie auf sich selber und auf die zivilisierten Gesellschaften die ernstesten und furchtbarsten Gefahren herab. Durch das Versäumnis, die Föderation Europas zu rechter Zeit zu organisieren, können sie dazu beitragen, die ärgsten sozialen Katastrophen zu entfesseln.

—o—

Schluss der Haager Friedenskonferenz.

Die zweite Haager Friedenskonferenz hat ihr Ende erreicht. In der Schlussitzung am 18. Oktober wies zunächst der holländische Minister des Aeussern auf die Schwierigkeiten der Konferenz hin. Die Ueber-einkommen, deren Unterzeichnung bevorstehe, beweisen jedoch, dass es trotzdem gelungen sei, über die verschiedenen Materien des Konferenzprogramms ein Einvernehmen zu erzielen. Der Redner sprach den Wunsch aus, dass der Haag der regelmässige dauernde Sitz der Friedenskonferenz werden möge. Sodann hielt Präsident Nelidow eine längere Rede, worin er einen Rückblick auf die Konferenzarbeiten warf und dabei ausführte:

„Unsere Aufgabe bestand darin, zu untersuchen: 1. wie kriegserische Konflikte vermieden werden können; 2. wie nach ausgebrochenen Kriegen dessen Schrecknisse vermindert werden können. Die politischen Ereignisse seit dem Jahre 1899 boten ein reiches Material. Die Unzulänglichkeit der Regeln über den Landkrieg zeigte sich während dieser Periode. Man konstatierte die Nützlichkeit einer Regelung des Seekriegs und der Lage der Neutralen.

Es ist das erste Mal, dass ein Kodifizierungsversuch unternommen wurde, um die Regeln des Seekriegs und die Lage der Neutralen festzustellen. Die Grundlagen sind gelegt worden. Die Konferenz hat nicht abstrakte Theorien oder ideale Lösungen auszuarbeiten gesucht. Die Delegierten waren die Mandatäre ihrer Regierungen, sie hatten spezielle Instruktionen, die auf den besondern Interessen der Länder basierten, die sie vertraten. Die Interessen der Staaten waren aber häufig ganz entgegengesetzt. Die Kommission suchte sie mit den theoretischen Forderungen des Rechts und der Gerechtigkeit in Einklang zu bringen.

Die von der Konferenz erzielten Fortschritte bezüglich der Mittel zur Vermeidung von Konflikten waren weniger bedeutend. Die Zeit zur Sammlung der nötigen Erfahrungen hat gefehlt. Der Entwurf für ein obligatorisches Schiedsgericht und für Schaffung eines neutralen Schiedsgerichtshofes ist auf unüberwindliche Schwierigkeiten gestossen. Dennoch war die Arbeit der ersten Kommission nicht umsonst. Der Prisengerichtshof wird ein Monument dieser Konferenz bleiben. Die Konferenz hat eine nähere Erkennt-

nis der Interessen und Bedürfnisse der einzelnen Nationen ermöglicht und vielfache Beziehungen angebahnt, indem sie unter den verschiedenen Ländern eine moralische und materielle Solidarität schuf.

Zum erstenmal fanden sich Vertreter aller Staaten zusammen, um die Interessen der Humanität zu diskutieren. Die Teilnahme des lateinischen Amerika hat ein neues und wertvolles Element gebracht, dessen Bedeutung bisher nicht genügend bekannt war. Es ist jede Anschuldigung zurückzuweisen, dass die Konferenz nichts geleistet habe für die Aufrechterhaltung des Friedens und der menschlichen Solidarität. Die Presse wurde über die Arbeiten auf dem Laufenden erhalten, aber um sich ein definitives Urteil zu bilden, muss man einen weitem und objektiven Einblick haben. Die Konferenz hat ihr Möglichstes geleistet. Die nach uns kommen, werden das Werk weiter führen, das wir begonnen haben. Die Konferenz wird einen Markstein in der Geschichte der Humanität bilden.“

Nelidow schlug sodann vor, an die Königin der Niederlande und den Präsidenten Roosevelt ein Huldigungstelegramm zu senden für das warme Interesse, das sie an der Konferenz genommen haben. Schliesslich wurde beschlossen, folgende Depesche an den Kaiser Nikolaus zu schicken: „Die zur Schlussitzung vereinigte zweite Friedenskonferenz richtet in höchster Ehrerbietung den Ausdruck ihrer tiefen Dankbarkeit an den erhabenen Anreger und Förderer des humanitären Friedenswerkes, an dessen Förderung sie gearbeitet hat unter dem Vorsitz des Vertreters Ew. Majestät.“ Hierauf erklärte, nachdem noch die Vertreter mehrerer Staaten gesprochen, Präsident Nelidow die Sitzung für aufgehoben und die Konferenz für geschlossen.

—o—

Aus England.

Das Präsidium der englischen Friedensgesellschaften erlässt nachstehende Kundgebung:

Der Ausschuss der britischen Friedensgesellschaften, der die Hauptorganisation hierzulande darstellt und dessen Ziel es ist, die Befestigung des internationalen Friedens sicherzustellen, gestattet sich, anlässlich des Besuches des deutschen Kaisers wiederholt die feste Ueberzeugung auszudrücken, dass kein Grund vorliegt, weder in ökonomischen noch politischen Verhältnissen, zu anderen als freundschaftlichen Gefühlen zwischen dem britischen und dem deutschen Volke. Vorausgesetzt, dass die friedlichen Erklärungen, die in vielen internationalen Verträgen niedergelegt sind und welche jetzt vor der Welt wiederholt werden, treu gehalten werden, gibt es keine Gefahr, sondern grossen Nutzen im industriellen und kommerziellen Wettbewerb der zwei Völker und besteht auch kein notwendiger Gegensatz in den politischen Interessen der zwei Völker. Es ist wahr, dass auf beiden Seiten der Nordsee nutzlose Missverständnisse und das Vorwiegen selbstsüchtiger Interessen eine beständige Zunahme der Lasten verursacht haben, unter welchen beide Nationen leiden. Das Interesse beider Nationen weist auf die Abhilfe — ein Nachlassen der bewaffneten Nebenbuhlerschaft, welche in Wahrheit als eine zunehmende Bedrohung des Weltfriedens bezeichnet werden kann — und das vereinigte Zusammenwirken der durch die Haager Konferenz ausgearbeiteten Mittel zur friedlichen Regelung jeden künftigen Konfliktes hin. Wir hoffen, dass der Tag nicht mehr fern ist, wo die britische und deutsche Regierung dem steigenden Verlangen der öffentlichen